

## Die DDR zuletzt

### Impressionen des Machtzerfalls im SED-Staat

Jochen Stadt

Das 40. Jahr der DDR-Gründung begann schlecht für die SED-Führung. Am 5. Januar 1989 empfing Erich Honecker den Leiter der sowjetischen Delegation auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen Juri Kaschlew. Honecker versuchte den sowjetischen Diplomaten davon abzubringen, in Wien einer Legalisierung von Nicht-Regierungs-Organisationen wie den „Helsinki-Gruppen“ zuzustimmen. Damit würde konterrevolutionären Aktivitäten Tür und Tor geöffnet. Die Unterbindung solch „staatsfeindlicher Aktivitäten wäre nur mit Repressivmaßnahmen zu erreichen“, die wiederum „bei der strafrechtlichen Verfolgung dieser Kräfte zu massiven DDR-feindlichen Kampagnen seitens der NATO und der BRD führen“ würden. Als Kaschlew auf dem sowjetischen Einverständnis zu den im Abschlussdokument enthaltenen „humanitären Fragen“ beharrte, wies Honecker auf „die unbefriedigende Entwicklung in Polen“ hin sowie „auf die Prozesse in Ungarn, die zunehmenden Auseinandersetzungen in der ČSSR, die unruhige Situation in Estland, Litauen, Aserbeidschan, Armenien, Georgien. Im Vergleich dazu sei die DDR eine ruhige Insel. Stabilität in der DDR sei auf Grund ihrer Lage an der Trennlinie zwischen Sozialismus und Imperialismus außerordentlich wichtig für die gesamte sozialistische Welt.“<sup>1</sup> Deswegen würden in der DDR keine Menschenrechtsgruppen zugelassen. Die DDR werde aber nicht als einziges Land gegen die Abschlusserklärung der Wiener Konferenz stimmen.

Eine Woche nach dem Treffen mit Juri Kaschlew erhielt Erich Honecker von DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler die alljährlichen statistischen Angaben über „Republikfluchten“ und Fluchtversuche von DDR-Bürgern in den Westen. Es seien 93 Prozent von 2 337 Fluchtvorhaben vereitelt worden, 173 Personen sei die Flucht über die DDR-Grenzen gelungen. In 19 Fällen hätten insgesamt 35 Personen versucht, die Grenze gewaltsam mit Fahrzeugen zu durchbrechen. An der Grenze zu Polen und der ČSSR seien 487 Personen mit Fluchtabsichten festgenommen worden.<sup>2</sup> Keßlers Zahlen bildeten die Realität jedoch nur unvollständig ab. Vom Januar bis November 1988 erfassten die Statistiker des DDR-Staatssicherheitsdienstes 3 966 verhinderte „ungesetzliche Grenzübertritte“, 1 325 davon an der innerdeutschen Grenze, 662 in Berlin, 196 an der Seegrenze und 1 710 im sozialistischen Ausland. Im gleichen Zeitraum gelangen 6 061 Fluchten, 303 über die Grenzen von „sozialistischen Bruderstaaten der DDR“ und 5 454 durch Nichtrückkehr von genehmigten privaten und dienstlichen Reisen in westliche Staaten.<sup>3</sup>

In seiner „Fortschreibestatistik“ registrierte das MfS von Januar bis Oktober 1988 außerdem die Festnahmen von 1 204 Antragstellern auf Übersiedlung in die Bundesrepublik, darunter 548 Einzelpersonen, 140 Familien und 100 Gruppen. Von diesen festgenommenen Personen hatten 802 „demonstrative Handlungen in der DDR“ begangen und

---

1 Honecker, (Büro): Aktennotiz über ein Gespräch des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Genossen Juri Kaschlew, Leiter der sowjetischen Delegation auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen, am 5. Januar 1989. SAPMO-BArch, IPA, Signatur: J IV /956, Bestand Erich Honecker.

2 Heinz Keßler; MfNV: Schreiben an Honecker betr. Statistik Grenze 1988. BArch-MZAP, Signatur: 32676, Bestand MfNV Sekretariat des Ministers.

3 MfS, ZKG: Rapport Nr. 286/88 vom 28. November 1988. BStU, MfS-ZKG Nr. 17173.

140 weitere solche angekündigt. Registriert wurden weiterhin 5 354 „Vorkommnisse mit diplomatischen Einrichtungen der BRD u.a. Staaten“. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin suchten 5 098 Personen auf, von denen 34 festgenommen wurden.<sup>4</sup>

In Wien stimmte die DDR-Delegation am 16. Januar 1989 dem KSZE-Dokument zu, das alle Teilnehmerstaaten verpflichtete, das Recht jedes Menschen „auf Ausreise aus jedem Land, darunter auch seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land uneingeschränkt“ zu achten. Erich Honecker prophezeite drei Tage später auf einer Sitzung des Thomas-Müntzer-Komitees, die Mauer werde „noch in 50 oder 100 Jahren bestehen“, wenn die Gründe für ihre Errichtung nicht beseitigt seien. Das sei „schon erforderlich, um unsere Republik vor Räufern zu schützen, ganz zu schweigen von denen, die gern bereit sind, Stabilität und Frieden in Europa zu stören.“ Am 5. Februar 1989 erschossen DDR-Grenzsoldaten den 20-jährigen Chris Gueffroy beim Versuch, von Ost- nach West-Berlin zu flüchten

In den ersten vier Monaten des Jahres 1989 zählte das MfS 1 048 verhinderte und 2 213 gelungene Fluchten. Weiterhin 3 633 „Vorkommnisse mit diplomatischen Einrichtungen der BRD und anderen Staaten“ und 880 Erpressungsversuche.<sup>5</sup> Als Erpressungsversuche galten Botschaftsbesetzungen, Ankündigungen von Ausreiseantragstellern, mit westlichen Hilfsorganisationen oder Medien Kontakt aufzunehmen, öffentliche Demonstrationen oder die Androhung von Suiziden bei weiterer Ablehnung der Übersiedlungsanträge.



Warten auf die Grenzöffnung

Bildquelle: fortépan.hu

4 MfS, ZKG; Geelhaar (Major, Schichtleiter): Rapport Nr.: 270/88 vom 10. November 1988. BStU, MfS - ZKG Nr. 17157.

5 MfS, ZKG: Rapport Nr. 96/89, Zeitraum Sonnabend 22.4.89/00.00 Uhr bis Sonntag 23.4.89/24.00 Uhr. BStU, MfS - ZKG Nr. 12356.

Im Frühsommer 1989 brachen dann nach der symbolischen Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze alle Dämme. Die wöchentlich auf den neusten Stand gebrachte Statistik des DDR-Staatssicherheitsdienstes registrierte vom 1. Januar 1989 bis zum 6. November 1989 insgesamt 202 895 DDR-Bürger, die das Land verlassen hatten, nur 1 511 davon kehrten wieder zurück. Über die ungarische Grenze flüchteten nach der MfS-Zählung 54 720 DDR-Bürger, über die ČSSR-Grenze 30 120, durch zwei Sonderzugaktionen kamen 15 497 Botschaftsflüchtlinge aus Prag via DDR in die Bundesrepublik, 11 009 DDR-Bürger kehrten nicht von Reisen in das westliche Ausland zurück. Die DDR-Botschaften in Warschau, Prag und Sofia fertigten 3 444 Personen ab, die sich weigerten, in die DDR zurückzukehren, 143 flüchteten über die innerdeutsche und Berliner Grenze, 204 ließen sich von Fluchthelfern außer Landes bringen, und von 455 Personen wussten die MfS-Statistiker nicht zu sagen, wie ihnen die Flucht in den Westen gelungen war. Außerdem erhielten 87 303 DDR-Bürger die von ihnen beantragten Ausreisegenehmigungen.<sup>6</sup>

### *Ausreiseantragsteller als Fundamentalopposition*

Die „Narrative“ über das Ende der DDR stammen häufig aus den Federn ehemaliger Oppositioneller, die in der Rückschau ihre eigene Rolle gerne leicht überhöhen. Eine für das Herrschaftssystem weitaus bedrohlichere Entwicklung lösten in den achtziger Jahren die weit über einhunderttausend Antragsteller auf Übersiedlung nach Westdeutschland aus, die keine Hoffnung mehr auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR hegten. Durch diese zum Teil in der DDR untereinander und mit Menschenrechtsorganisationen in der Bundesrepublik vernetzte Bewegung sah sich das SED-Regime mit einer unaufhörlich anwachsenden Fundamentalopposition konfrontiert, der auch das gigantische Staatssicherheitswesen nicht mehr Herr wurde.

Die steigende Zahl der Ausreiseanträge beschäftigte die SED-Führung und ihren Sicherheitsapparat intensiver noch als die Oppositionsgruppen im Lande. Bereits im April 1988 lag das Übersiedlungsproblem mit alarmierenden Zahlenangaben auf dem Sitzungstisch des SED-Politbüros. Unter Tagesordnungspunkt 3 berichtete Sicherheitssekretär Egon Krenz „über den gegenwärtigen Stand bei Übersiedlungsersuchen nach der BRD und Berlin (West)“. In der dazu vorliegenden Information der Abteilung für Sicherheitsfragen, vom 14. April 1988, von E. Honecker am Folgetag abgezeichnet, heißt es: „Alle Bezirks- und Kreisleitungen der SED haben nach den Beratungen mit den 1. Kreissekretären am 6.2.1987 und am 12.2.1988 Maßnahmen beschlossen, um nichtgerechtfertigte Übersiedlungen zurückzudrängen.“ Gegenüber 1986 seien erstmalig 15 Prozent weniger erstmalige Übersiedlungsersuche gestellt worden als im Vorjahr. 29,5 Prozent Rücknahmen von Anträgen seien erreicht worden. „Ein Teil hat jedoch nicht ehrlich und dauerhaft von der Absicht Abstand genommen und tritt nach gewisser Zeit erneut als Antragsteller auf.“ Trotz dieses positiven Beginns der Information war die Gesamtbilanz katastrophal. „Im Jahre 1987 ist eine Verschärfung der Situation eingetreten. Gegenwärtig liegen den staatlichen Organen Ersuchen auf Übersiedlung von rd. 112 000 Bürgern vor (1986 waren es rd. 78 000).“ Aus Dresden 30 000, Karl-Marx-Stadt 16 800, Berlin 15 300. Von Honecker unterstrichen: „Von den rd. 112 000 Bürgern sind 52 800 Facharbeiter und 11 500 Personen mit abgeschlossener Hoch- und Fachschulbildung, darunter 1 142 Ärzte und Zahnärzte, 2 675 Angehörige des mittleren medizinischen Personals und rd. 670 Lehrer. Bei den Ärzten und den Angehörigen des mittleren medizinischen Personals gibt es Konzentrationen in bestimmten Einrichtun-

---

<sup>6</sup> Die Zahlenangaben finden sich in BStU, ZA, MfS - Sekretariat Neiber, 553.

gen z.B. im Krankenhaus Berlin-Friedrichshain, in medizinischen Einrichtungen im Bezirk Dresden und in der Medizinischen Akademie Erfurt.“ Honeckers Randbemerkung: „Dresden BL“, womit Hans Modrow gemeint war.

Die Anträge schlossen nach der dem SED-Politbüro vorliegenden Statistik Personen ein, die zu 24,7 Prozent unter vierzehn Jahren, zu 25,9 Prozent zwischen fünfzehn und 24 Jahren, zu 36,4 Prozent zwischen 25 und 40 Jahren und zu 13 Prozent über 40 Jahre alt waren. 1985 wurden 20 147 Anträge genehmigt, 1986 nur 16 902 Anträge und im folgenden Jahr nur noch 10 420 Anträge. Weiter hieß es in der von Krenz der SED-Führung vorgelegten Information: „Die Erfahrungen zeigen, daß die Zahl der genehmigten Übersiedlungen und die Erweiterung von Reisemöglichkeiten nicht zur Reduzierung der Gesamtzahl der Übersiedlungsersuchen führten. Vielmehr ist festzustellen, daß sie Rückwirkungen auf andere Bürger haben und zu neuen Anträgen führen.“ Von 2 166 Angehörigen von Personen, die die DDR „ungesetzlich“ verlassen hatten, wurden 1987 Übersiedlungsanträge gestellt. „In schriftlichen Ersuchen von Bürgern, die die DDR verlassen wollen, oder in Aussprachen mit ihnen zeigt sich, daß die Mehrzahl illusionäre Vorstellungen über die Lebensverhältnisse in der BRD und in Berlin (West) hat, von der Menschenfeindlichkeit des imperialistischen Systems nicht überzeugt ist und mit der Übersiedlung bürgerliche Lebensideale verfolgt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR werden teilweise oder vollständig abgelehnt. Viele haben eine feindliche Einstellung zur DDR und lehnen den Sozialismus prinzipiell ab. Die Übersiedlungsersuche werden zum Teil begünstigt durch bürokratisches Verhalten und Herzlosigkeit im Umgang mit Bürgern, Mangel in den Arbeitsbedingungen oder in der Versorgung mit Konsumgütern bzw. bei Dienstleistungen und durch Verärgerung über ungelöste Wohnungsprobleme und staatliche Entscheidungen.“ Für einen Teil der Personen seien die genannten Gründe auch nur ein Vorwand. „Die Mehrzahl der Übersiedlungsersuchenden vertritt sehr hartnäckig ihre Absicht. Oft versuchen sie, durch Androhung von Gewalt und Begehung von Straftaten Druck auf staatliche Organe auszuüben. Verschiedene Bürger bringen in ihren Ersuchen zum Ausdruck:

- Wir werden uns die Genehmigung zur Übersiedlung erkämpfen. Jedes Mittel ist uns recht.
- Durch die Ereignisse nach dem 17. Januar 1988 in Berlin wissen wir, wie wir unsere Übersiedlung erzwingen können.

In verstärktem Maße führen in letzter Zeit Übersiedlungsersuchende Aktionen gegen den sozialistischen Staat durch. Insbesondere werden Zusammenrottungen, illegale Zusammenkünfte, Provokationen oder Schweigedemonstrationen und -spaziergänge durchgeführt. Sie verbreiten antisozialistische Schriften. Diese Aktionen lassen Organisationscharakter erkennen.“ Es gebe auch Bestrebungen, Interessenorganisationen zu schaffen wie z.B. die „Arbeitsgruppe für Staatsbürgerschaftsrecht“. Nach den Ereignissen am 17. Januar 1988 erschienen in Berlin an einem Tag, dem 9. Februar 1988, 1 344 Bürger bei den Räten der Stadtbezirke. „Eine sachliche Gesprächsführung mit diesen ist in der Regel nicht möglich. Ihr Auftreten ist extrem aggressiv, höhnisch und arrogant. Verschiedene drohen mit demonstrativen Aktionen, insbesondere am 1. Mai.“ All das zeige, dass die gegnerische Propaganda Wirkung habe. Übersiedlungsersuchende sollen in Bestrebungen zur Schaffung einer inneren Opposition „mit konterrevolutionärer Zielstellung“ einbezogen werden.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Politbüro des ZK der SED; Schwertner, Edwin (Protokoll): Protokoll Nr. 16 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 19. April 1988. SAPMO-BArch, ZPA, DY 30/J IV 2/2A – 3114.

Es sei dahingestellt, ob die Haushaltshilfe Brunhilde K. (55) mit „konterrevolutionärer Zielstellung“ agierte, als sie im August 1989 im brandenburgischen Friesack und umliegenden Ortschaften selbstgefertigte A3-Plakate anbrachte, auf denen zu lesen war: „Macht die Grenzen auf“, „die Mauer muss weg“, „die DDR gehört zu Deutschland“, „freie Wahlen in der DDR“. Briefe mit den gleichen Losungen verschickte Frau K. an den Ortsbürgermeister, an das Kreisgericht in Nauen und die Volkspolizei. Das Motiv der Protestaktion lag in einer abgelehnten Besuchsreise zu ihrem Bruder in Westdeutschland. Der Staatssicherheitsdienst jedenfalls ordnete das als Straftat ein und eröffnete ein Ermittlungsverfahren nach § 220 (Staatsverleumdung) ohne Haft gegen Brunhilde K.<sup>8</sup>

Inhaftiert wurde am 7. September 1989 wegen seiner „Demonstrativhandlungen“ der Ofenheizer Renee B. (23). Er wohnte in einem Dorf im Erzgebirge und hatte in der Umgebung seines Arbeitsplatzes in einer Gießerei die Losungen angebracht: „Was unser Volk braucht, sind Reformen (wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte usw.), Bewegung 17. Juni“. Er sagte in den Vernehmungen aus, er wolle durch seine Protestmaßnahmen „anderen Personen zeigen, daß es Menschen gibt, die gegen die bestehenden Verhältnisse in der DDR auftreten“. Er habe außerdem erklärt, mit den „Republikanern“ zu sympathisieren. Renee B. war bis zum März 1989 Berufsunteroffizier in der Volksmarine und SED-Mitglied. Nachdem er seine Übersiedlung in die Bundesrepublik beantragt hatte, wurde er wegen „sozialismusfeindlicher Verhaltensweise“ degradiert, aus der Volksmarine entlassen und aus der SED ausgeschlossen.<sup>9</sup>

In der von Egon Krenz dem SED-Politbüro vorgelegten Analyse der ihm unterstellten ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen wurde die Vorbeugung als ausschlaggebend „für die Zurückdrängung der Ausreiseanträge“ bezeichnet. Wenn erst ein Antrag gestellt worden sei, habe sich in der Regel die negative Einstellung zur DDR schon verfestigt. In letzter Zeit sei die „Wachsamkeit der Bereiche Inneres, insbesondere hinsichtlich der Unterstützung der Betriebe, zurückgegangen“. Mitarbeiter seien zum Teil „einem ständigen Druck und zahlreichen Provokationen und Beleidigungen ausgesetzt“.

Unter Schlussfolgerungen hieß es: „Bei der Arbeit zur Zurückdrängung des Ersuchens dürfen keine ungerechtfertigten arbeitsrechtlichen Maßnahmen und keine Diskriminierung der betreffenden Personen eintreten. Es ist zu verhindern, daß Übersiedlungsersuchende keiner geregelten Arbeit nachgehen. Bedingungen, die zur Übersiedlungsabsicht geführt haben, sind gemeinsam mit den betreffenden Personen zu verändern.“ Die Abteilungen Inneres seien durch erfahrene Parteikader zu verstärken. Die Sicherheitsorgane wurden beauftragt, Demonstrationen und ähnliche Handlungen „rechtzeitig aufzuklären“ und „Maßnahmen zu ihrer Unterbindung bzw. Einschränkung“ einzuleiten.<sup>10</sup>

Die Entlassung von Übersiedlungsersuchenden hatte die SED-Führung 1977 in einer internen Anweisung allerdings selbst verfügt. Eine Beendigung bzw. Änderung des Arbeitsverhältnisses sei notwendig, heißt es in der Orientierung für Staatsanwälte und Gewerkschaftsfunktionäre, bei Übersiedlungsersuchenden, die

- Leitungstätigkeiten „einschließlich der Meistertätigkeit“ ausübten,
- mit Dienstgeheimnissen zu tun hatten,
- für die Sicherheit wichtiger Produktionsanlagen Verantwortung trugen,

---

8 MfS, HA IX: Tagesmeldung Nr. 205/89. BStU, MfS - HA XX/AKG Nr. 4474.

9 MfS, HA IX: Tagesmeldung Nr. 210/89 vom 9. September 1989. „Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung“. BStU, MfS - HA XX/AKG Nr. 4474.

10 Siehe: Protokoll Nr. 16 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 19. April 1988. SAPMO-BArch, ZPA, DY 30/J IV 2/2A – 3114.

- im Erziehungswesen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zuständig seien.

Es müsse gewährleistet werden, „daß die näheren Umstände der Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht schriftlich in die Hände des Betreffenden gelangen“, weswegen nur eine mündliche Mitteilung der Entlassung erfolgen dürfe. „In den nach dem Gesetz erforderlichen Begründungen der arbeitsrechtlichen Maßnahmen ist in keinem Falle die Tatsache der Übersiedlungsabsicht des Werk tätigen als Grund für die Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses zu nennen.“<sup>11</sup>

Im Mai 1989 legten zwei MfS-Studenten an der Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität zu Berlin eine Untersuchung über das Problem der Übersiedlungsanträge vor. Im Jahr 1984 sei „im Rahmen einer Sondermaßnahme“ einer größeren Zahl „hartnäckiger bzw. der DDR feindlich gesinnter Ersucher“ die Ausreise gestattet worden. „Bis 1984 wurden von den staatlichen Organen der DDR nur wenige Genehmigungen zur ständigen Ausreise nach nichtsozialistischen Staaten und Berlin (West) entsprechend den völkerrechtlichen Dokumenten und Praktiken erteilt.“ Dies hatte „eine negative Ausstrahlung auf die Ersucherproblematik“. Außerdem: Da nahezu jede Übersiedlung „zur Trennung von Familien“ führte, „ergaben sich wiederum Folgeersuchen“. Als nach Beendigung der „Sondermaßnahme“ keine Übersiedlungen mehr realisiert werden sollten, kam es zu einer Vielzahl von Handlungen „demonstrativer Art“. Durch westliche „Hetzpropaganda“ seien die Bürger der DDR aufgerufen worden, ihr „gutes Recht“ auf einen Ausreiseantrag wahrzunehmen. Demzufolge habe sich die Zahl der Übersiedlungersuchen in Berlin 1984 gegenüber 1983 vervierfacht. „Die Beherrschung der eingetretenen Situation war zu diesem Zeitpunkt mit den alten Mitteln und Methoden nicht mehr gegeben. Es mußten zusätzliche Kräfte eingesetzt werden.“ Die Sektoren Genehmigungen der Abteilung Innere Angelegenheiten erhielten den Status eigenständiger Abteilungen Genehmigungsangelegenheiten.

In der Jahresmitte 1985 wurde, um die „Ersuchenden aktiv zur Rücknahme ihres Ersuchens zu bewegen“ und „Motive und Gründe jedes einzelnen Ersuchens“ zu erforschen, „die differenzierte personenbezogene Arbeit mit den Übersiedlungersuchenden eingeführt“. Erste messbare Ergebnisse hätten sich Ende 1985 eingestellt, die Zahl der Übersiedlungsanträge sei nur um 4 Prozent angestiegen. Dass es 1986 wieder 28,4 Prozent und 1987 33,6 Prozent jeweils gegenüber dem Vorjahr waren, führten die Autoren auf eine forcierte „Menschenrechtsdemagogie“ des „Gegners“ zurück. Es wurde auch registriert, dass die Zahl der Antragsteller „mit verfestigten Übersiedlungsabsichten“ wuchs. 1985 waren das 35 Prozent, 1987 rund 60 Prozent. „Real existierende Mißstände in der Wirtschaft, insbesondere im Versorgungs- und Dienstleistungsbereich, sowie die bisher zu defensive politisch-ideologische Arbeit in den Betrieben begünstigte das Vorgehen des Gegners.“ Republikweit war jeder Mitarbeiter der Abteilungen Genehmigungsangelegenheiten im Schnitt für die Betreuung von 60 Fällen zuständig, in zwei Berliner Stadtbezirken wurde jedoch sogar das Doppelte dieser Zahl überschritten. In mehr als der Hälfte der Berliner Stadtbezirke war „die Beherrschbarkeit des Prozesses nicht mehr gesichert“.<sup>12</sup>

---

11 Zitiert nach Mielke-Befehl Nr. 6/77 samt Anlagen. BStU, ZA, DSt. Nr. 102331.

12 Kai Böttcher/Hardy Tröster: Studie zu Reaktionen und Verhaltensweisen von Bürgern der DDR, deren Ersuchen auf ständige Ausreise aus der DDR abgelehnt wurde, unter Berücksichtigung möglicher Destabilisierungsversuche der inneren und äußeren Ordnung und Sicherheit der DDR. Diplomarbeit an der Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität zu Berlin. BStU, ZA, MfS - ZKG 2622.

*SPD-Politiker reagieren unterschiedlich auf die Ereignisse in der DDR*

Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, erhielt kurz vor Ostern 1989 eine Erklärung Erhard Epplers, Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, „zur Entwicklung in der DDR“ vorab zur Kenntnis. Die Erklärung werde, teilte Eppler mit, nach Ostern veröffentlicht. Reinhold leitete den Text sofort an Kurt Hager und Egon Krenz weiter. Eppler fand in seiner „Erklärung zur Entwicklung in der DDR“ deutliche und kritische Worte, die bis dato von führenden SPD-Politikern vermieden worden waren. Zunächst interpretierte Eppler „die Diskussionschrift ‚Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit‘, die er gemeinsam mit Otto Reinhold im August 1987 der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, als „Verständigung über die Regeln einer neuen Streitkultur“. Jetzt sehe er sich veranlasst, „den Streit, über dessen Formen wir uns verständigt haben, zu üben. Von Anfang an bestand zwischen uns Einigkeit darüber, daß Streitkultur nicht Hebel zur Veränderung des anderen Systems von außen her nach den Maßstäben des eigenen sein kann. Die Veränderungen – die Überwindung der Feindbilder und die Beteiligung aller einzelnen und Institutionen am gesellschaftlichen Dialog, von denen das Papier spricht – müssen von denen, die in ihrem eigenen System Verantwortung tragen, ins Werk gesetzt und verantwortet werden. Aber die jeweils andere Seite darf und soll dies anmahnen. Wie wir damals feststellten, geht es dabei nicht um die Einmischung in innere Angelegenheiten, sondern um eine Kritik über die Systemgrenzen hinweg. Diese Kritik wirkt vertrauensbildend, wenn sie auf nachprüfbaren Informationen und Fakten beruht, und an den gemeinsam vereinbarten Normen orientiert bleibt.“ Nach längeren Passagen über die Entwicklung in der Bundesrepublik kritisierte Eppler „die Vorgänge um die Zionskirche in Berlin im Oktober 1987, die Demonstration zum Gedächtnis an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1988 in Berlin sowie die zunehmend repressivere Behandlung von Teilnehmern an Kundgebungen und Mitgliedern von Menschenrechts-, Friedens- und Umweltgruppen“ und beklagte, dass Personen verhaftet und bestraft würden, weil sie an friedlichen Demonstrationen teilgenommen haben, um dann fortzufahren: „Wer Menschen benachteiligt, verfolgt oder bedroht, weil sie in unabhängigen gesellschaftlichen Gruppen am Dialog über sie betreffende gesellschaftliche Angelegenheiten teilnehmen, wer Ausreisewillige diskriminiert und schikaniert, wer Personen an der Einreise auf das eigene Territorium hindert, weil sie unliebsame Kritik geäußert haben, wer die Verbreitung von Zeitungen und anderen Druckmedien zur freien Urteilsbildung erschwert oder verhindert, kann nicht den Anspruch erheben, – daß er die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, – die umfassende Informiertheit der Bürger in Ost und West, – den Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen, Kräften und Personen, ermöglicht und fördert. Dies aber hat das gemeinsame Papier als Norm einer politischen Streitkultur gefordert. [...] Wir werden den Dialog, den wir begonnen haben, und die Zusammenarbeit, die schon heute ihre Früchte getragen hat, fortsetzen. Wir werden aber auch, wie es dem Geist und den Normen der Streitkultur entspricht, unsere Stimme erheben, wo immer wir einen ernsthaften Anlaß dazu sehen. Der Dialog nach außen, über Systemgrenzen hinweg, und der Dialog im inneren lassen sich nicht trennen. Wer den Dialog im inneren verweigert, gefährdet auch den nach außen.“<sup>13</sup> Die Fortsetzung des Dialogs erfolgte drei Wochen später im Gästehaus „Karl Liebknecht“ in Wendisch-Rietz.

---

13 Erhard Eppler; Grundwertekommission der SPD: Erklärung zur Entwicklung in der DDR. SAPMO-BA, ZPA, Vorl. SED, Signatur: 42283, Bestand Büro Kurt Hager.

Aus Otto Reinholds Perspektive verlief die Diskussion mit den SPD-Leuten ziemlich scholastisch. Mit der Thematik Menschenrechte habe eine Problematik auf der Tagesordnung gestanden, berichtete er der SED-Führung, „die sich gegenwärtig besonders im Zentrum der ideologischen Klassenauseinandersetzung befindet“. Die SED-Delegation habe ihr Befremden am Vorgehen der Grundwertekommission ausgedrückt und offensiv die Konzeption und Politik der SED in den Fragen der Menschenrechte dargelegt. In sachlicher Atmosphäre – mit Ausnahme einiger Bemerkungen von Johanno Strasser – seien die grundsätzlichen Positionen sowie die Kritik von beiden Seiten deutlich ausgesprochen worden. „Vorherrschend war auch seitens der SPD-Vertreter das Bemühen, die Polemik nicht einfach als ‚ideologischen Schlagabtausch‘, sondern auf sachlicher Grundlage zu führen. Entgegen irreführenden Meldungen im ZDF [...] spielten ‚Schießbefehl‘ und ‚Mauer‘ in den Darlegungen der SPD-Vertreter keine Rolle. Andererseits räumte Eppler während der Diskussion ein, daß die SPD unter dem Druck der BRD-‚Öffentlichkeit‘ stehe, was als Rechtfertigung für eine bestimmte öffentliche Polemik von SPD-Vertretern gegen die SED gewertet werden kann. Trotz unterschiedlicher Positionen gingen beide Seiten davon aus, daß die ideologische Auseinandersetzung zu den Menschenrechten nicht die Konfrontation zwischen beiden Systemen verstärken darf, sondern daß hieraus vielmehr Impulse für die Entspannung und politisches Vertrauen erwachsen können.“ Beide Seiten hätten betont, „daß es wechselseitig neben der Akzeptanz der Existenzberechtigung und der prinzipiellen Friedensfähigkeit nunmehr auch um die Anerkennung der Menschenrechtsfähigkeit beider Systeme ginge. In beiden Systemen sei es also – im Gegensatz zu rechtskonservativen antisozialistischen Behauptungen – möglich, Menschenrechte zu verwirklichen. [...] Der friedliche Wettbewerb um die Menschenrechte müsse um die besseren Möglichkeiten für die Entwicklung der Persönlichkeit des Menschen geführt werden und um den wirksamsten Beitrag zur Lösung der weltweiten humanitären Probleme. Insofern dürfe der Wettbewerb um die Menschenrechte nicht gegen das andere System oder um einen Sieg über das andere System geführt werden, sondern könne es ‚zwei Sieger‘ geben.“<sup>14</sup> Zu den üblichen Kontroversen kam es im Verlauf der Tagung dann nach Reinhold Darstellung über Fragen der Meinungs-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, über das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit, über die führende Rolle der Partei und ihren Wahrheitsanspruch etc.

Egon Bahr distanzierte sich, wenn man Max Schmidt vom DDR-Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) glauben darf, bereits kurz nach der Veröffentlichung von Epplers Erklärung. Schmidt berichtete der SED-Führung, Bahr habe ihm am Rande des Meinungsaustauschs von Wissenschaftlern seines IPW und des Instituts für Friedens- und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg am 30./31. März 1989 vertraulich mitgeteilt, „die in den Medien der BRD hochgespielte Erklärung der Grundwertekommission zum gemeinsamen Dokument von SED und SPD sei weder im Präsidium der SPD zur Sprache gekommen, noch habe das Präsidium dazu einen Auftrag erteilt, noch hätten er oder andere Präsidiumsmitglieder vorher davon gewußt. Bahr selbst habe in Hamburg aus der Presse davon erfahren. Mit der Erklärung hätten Eppler und seine Leute offensichtlich ihren Frust hinsichtlich enttäuschter Erwartungen über innere Wirkungen des Papiers in der DDR abgeladen. Eppler spiele den Beleidigten, da einige seiner Vorstellungen nicht aufgegangen seien. Man habe Eppler im Verlauf der letzten

---

14 Otto Reinhold; Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Information vom 17. April 1989 über das Treffen von Vertretern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD vom 13. 4. bis 15. 4. 1989 im Gästehaus „Karl Liebknecht“ in Wendisch-Rietz. SAPMO-BA, ZPA, IV 2/2035/81, Bestand Büro Hermann Axen.

Jahre wiederholt sagen müssen, daß dieses Papier nicht mehr allein seine Sache sei, sondern durch die Absegnung beider Parteispitzen eine Angelegenheit von SPD und SED. Es betreffe ihre Beziehungen grundsätzlich, habe historischen Wert und gehe in der Bedeutung über den Rahmen beider Parteien hinaus. Deshalb könne man es auch bei einzelnen Meinungsverschiedenheiten nicht einfach in Frage stellen oder Begegnungen absagen wollen, wie Eppler es bereits im vorigen Jahr vorgehabt hätte. Gebe es Probleme in den gegenseitigen Beziehungen, so sollte man in den Gesprächen darüber reden.“<sup>15</sup>

Auch der West-Berliner SPD-Senator Harry Ristock äußerte sich offenbar gegenüber dem SED-Funktionär Gunter Rettner kritisch zu Eppler. Zur Bewertung der jüngsten Entwicklung in der SPD befragt, habe Ristock gesagt: „Er stelle fest, [...] daß in weiten Teilen der SPD eine Verunsicherung in ihrer Haltung gegenüber den sozialistischen Ländern zu verzeichnen sei. Die Rede Epplers am 17. Juni vor dem Bundestag sowie die jüngsten Äußerungen von H.-J. Vogel seien Ausdruck dafür. So wie Eppler aufgetreten sei, hätte in der heutigen Zeit auch ein CDU-Vertreter nicht schlimmer sprechen können. Er (H. Ristock) sei gegenwärtig nicht ganz genau informiert, er hoffe nur, daß die Führung der SPD keinen Kurswechsel gegenüber der DDR vornehme. Für die Westberliner SPD könne er sagen, daß das nicht in Frage käme. Nach seinen Beobachtungen stimmten die Entwicklungen in einigen sozialistischen Ländern bedenklich. Die ganze Ost-Politik der SPD sei darauf gebaut, daß in den sozialistischen Ländern stabile Verhältnisse herrschten.“ Unter Hinweis auf Polen und Ungarn habe Ristock erklärt: „Am stabilsten stünde die DDR da. Man müsse alles dafür tun, damit das so bleibe, vor allem auf ökonomischem Gebiet. Die DDR habe mit ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik Beispielhaftes geleistet. Aus seiner Sicht gelänge es aber nur unzureichend, die sozialen Leistungen auch in der Öffentlichkeit richtig bewußt zu machen.“<sup>16</sup> Harry Ristock wusste offenkundig nicht, was in den Niederungen des DDR-Alltags vor sich ging. Als Vermittlungsproblem jedenfalls war das nicht erklärbar.

*Unruhe in den Grenztruppen und der NVA – Rechtsextreme Zwischenfälle, „Demonstrativhandlungen“, Abversetzungen und Fahnenfluchten*

Aus den „Tagesrapporten“ des MfS und der Volkspolizei geht für 1989 ein weiterer Anstieg von „Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung“ hervor, die einen rechtsradikalen Hintergrund haben. Häufig wird über das „Grölen faschistischer Parolen“ berichtet, über Trinksprüche auf Adolf Hitler, Juden-Raus-Rufe, Sieg-Heil-Geschrei, über Zwischenfälle zu Hitlers 100. Geburtstag mit Rufen „es lebe die NSDAP“, „Happy Birthday, lieber Adolf“, „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ und ähnliches mehr.

Zu derartigen Zwischenfällen kam es auch in der Nationalen Volksarmee und den DDR-Grenztruppen. So meldeten MfS-Ermittler im April 1989 über den 21-jährigen Enrico M., der als Unteroffizier und Gruppenführer im Grenzregiment Halberstadt diente, er habe mit seiner MPi auf ein Bild von Mitgliedern der SED-Führung gezielt und geäußert, „man müßte die Säcke alle erschießen, die bringen sowieso nichts mehr“. Weiterhin habe er SED-Mitglieder in seiner Kompanie als „Rote Säcke“ bezeichnet, die erste

---

15 Max Schmidt; Institut für Internationale Politik und Wirtschaft: Information vom 4. April 1989 über die Ausführungen von Egon Bahr im Zusammenhang mit dem Meinungsaustausch von Wissenschaftlern des IPW und des IFSH am 30./31. 3. 1989. SAPMO-BA, ZPA, Signatur: IV 2/2035/81, Bestand Büro Hermann Axen.

16 Gunter Rettner; Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft: Information über ein Gespräch mit Harry Ristock und Alexander Longolius, Gesprächsbeauftragte der Westberliner SPD mit der SED, am 30. Juni 1989 in Berlin. SAPMO-BA, ZPA, IV 2/2035/81, Bestand Büro Hermann Axen.

Strophe des Deutschlandliedes gesungen, gegenüber anderen Grenzern den Hitlergruß gezeigt, sowjetische Soldaten der Nachbareinheit als „Russen“, „Judenschweine“ und „Kanacken“ titulierte, die man erschießen müsste. Bei einer Hausdurchsuchung fand man bei ihm angeblich sechzehn Sprengkapseln, MPi-Munition sowie Symbole und Ausrüstungsgegenstände aus der „Zeit des Faschismus“.<sup>17</sup>

Der 19-jährige Alexander W. wurde am 17. Juli 1989 im Grenzausbildungsregiment Halberstadt unter dem Vorwurf festgenommen, er habe Hakenkreuze und zwei SS-Runen in der Unterkunft angebracht, gegenüber anderen Soldaten den Hitler-Gruß gezeigt und die sozialistische Presse als „rote Lügenblätter“ bezeichnet. Über SED-Mitglieder soll er geäußert haben, diese „roten Hunde“ gehörten an die Wand gestellt, er selbst wolle „lieber zehnmal für Hitler kämpfen, als für diesen Staat eintreten“.<sup>18</sup>

Die Offiziersschüler in der Offiziershochschule Löbau, Bert R. (20), Detlef O. (28), und Jan Straßburg, bereiteten im Juli 1989 ihre Flucht über die ČSSR und Ungarn nach Österreich vor. Bert R. stand eine Strafe im Militärgefängnis Schwedt bevor. Die drei jungen Männer hatten Reisetaschen und Proviant eingepackt. Straßburg hatte seine persönlichen Sachen bereits im Pkw „Polski Fiat“ des Gefreiten der Reserve Detlef O., der außerhalb des Objektes geparkt war, untergebracht. Jan Straßburg wurde von einem Vorgesetzten beim Abtransport seiner Reisetaschen im Keller des Unterkunftsgebäudes überrascht und arretiert. Er erhängte sich in der Arrestzelle. Zuvor hatte er folgendes Geständnis niedergeschrieben: „Ich bin seit meinem 12. Lebensjahr der Gesinnung des Nationalsozialismus verfallen. Meine Gesinnung vertiefte sich so weit, daß ich deutschgermanisch-gottgläubig bin und in strengster Treue zu meinem Führeridol stehe. Aber dabei muß ich ausdrücklich betonen, daß ich keinerlei Hetze gegen Ausländer öffentlich äußerte oder nationalistische Parolen in Öffentlichkeit aussprach. Ich wollte heute, den 21.07.1989 um 11.00 Uhr mit dem Unteroffizier R. die Dienststelle verlassen. Wir wollten über die ČSSR, Ungarn, Österreich die Bundesrepublik Deutschland erreichen. Der Unteroffizier R. spielt in diesem Vorhaben nur eine untergeordnete Rolle. Ursprünglich wollte ich diesen Schritt allein durchführen. Zu diesem Schritt führte mich größtenteils mein jugendlicher Leichtsinn und meine Unerfahrenheit.“ Er habe weiter erklärt, dass er sich im Westen den Republikanern anschließen wollte.<sup>19</sup>

Ein MPi-Schütze der NVA schädigte im August 1989 das „Ansehen der Truppe“, indem er in Uniform auf der Tanzfläche einer Gaststätte in Rudolstadt den Hitlergruß zeigte und gegenüber anwesenden Kameraden äußerte, dass „35.000 tote Juden in Buchenwald nicht ausreichen würden“. Andere Soldaten, die ihn zur Rede stellten, beschimpfte er als Kommunistenschweine.<sup>20</sup> Im gleichen Monat wurde ein Ermittlungsverfahren ohne Haft gegen den Wehrdienstleistenden Gunter H. (25) eingeleitet, weil er auf der Zugfahrt in den Urlaub andere Soldaten seiner Einheit als „Judenschweine“ und „Ratten“, die man vergasen und ausrotten müsste beschimpfte. Er habe sich selbst gegenüber einem zivilen Mitreisenden als Arier bezeichnet. Für sein Vergehen erhielt Gunter H. nach dem Urlaub zehn Tage Arrest wegen Schädigung des Ansehens der NVA in der Öffentlichkeit.<sup>21</sup>

17 MfS, HA IX: Tagesmeldung Nr. 89/89 vom 17. April 1989. BStU, MfS, HA XX/AKG Nr. 4466.

18 MfS, HA IX: Tagesmeldung Nr. 166/89 vom 20. Juli 1989. BStU, MfS, HA XX/AKG Nr. 4471.

19 MfS, HA IX: Tagesmeldung Nr. 176/89 vom 1. August 1989. BStU, MfS, HA XX/AKG Nr. 4472.

20 MfS, HA I (Bereich 2000): Tagesmeldungen August 1989. BStU, MfS - HA I Nr. 14.857 Bd. 1-3 sowie Karteikarte zu Jan Straßburg, HA I/AKG-DOK. Ausführlich: Der Militärstaatsanwalt / Offiziershochschule der Landstreitkräfte „Ernst Thälmann“: Untersuchungsakte AP-32/89 (Lö) Soldat Straßburg, Jan. BArch Freiburg DVW 13/81244.

21 MfS, HA I (Bereich 2000): Tagesmeldungen August 1989. BStU, MfS - HA I Nr. 14.857 Bd. 1-3.

Ebenfalls im August 1989 kam es im Militärgefängnis Schwedt zu einem Zwischenfall mit dem Unteroffiziersschüler Thomas J. (18), der nicht aufstand, als gegen ihn eine Bestrafung wegen Befehlsverweigerung ausgesprochen wurde. Nach seiner Einlieferung in eine Arrestzelle, randalierte er und beschmierte die Wände der Zelle mit Hakenkreuzen. Ihm wurden daraufhin Handschellen angelegt.<sup>22</sup>

Am 14. August 1989 teilte ein Korvettenkapitän (41) der Seestreitkräfte seinen Nachbarn telefonisch mit, dass er mit seiner Familie nach Österreich geflüchtet war. Seine Frau war Stabsobermeister bei der NVA (40, Sekretärin), die Tochter zwölf Jahre alt. Am gleichen Tag wurde ein 19-jähriger Grenzsoldat bei Veilsdorf, Kreis Hildburghausen, fahnenflüchtig, und ein 21-jähriger Unteroffizier der NVA nutzte eine Jugendtouristikreise in die SFRJ zur Fahnenflucht. Ebenfalls am 14. August 1989 erschien in der Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße Major Jürgen K. (33), Kompaniechef im Grenzregiment 44 Potsdam-Babelsberg, und verlangte unter Vorzeigen seines Dienstausweises die Ausreise nach West-Berlin. K. erklärte, er könne den Offiziersberuf nicht mehr ausüben. Das MfS schlug vor, ihn nicht strafrechtlich zu belangen, sondern „disziplinare sowie parteierzieherische Maßnahmen in seiner Einheit zu veranlassen und ihn in die Reserve zu versetzen.“ Am gleichen Tag wurde der Soldat im Grundwehrdienst Mirko G. (24), Sohn eines bekannten DDR-Schriftstellers, aus dem Grenzregiment-23 Kalbe/Milde entfernt, weil er schriftlich geäußert hatte, „nicht in der Lage zu sein, Grenzverletzer festzunehmen. Es sei seine persönliche Überzeugung, daß jeder Mensch dort leben soll, wo er wünsche. Niemand sollte ihn daran hindern.“ Ein weiterer Soldat im Grundwehrdienst wurde abversetzt, weil er die Absicht geäußert hatte, einen Ausreiseantrag zu stellen.<sup>23</sup> Der Offizier für Grenzsicherung Hauptmann Uwe T. (30) äußerte im August 1989 gegenüber Kameraden, „daß in der DDR die freie Marktwirtschaft eingeführt werden müsse und die SED nicht in der Lage sei, die gesellschaftliche Entwicklung zu führen“. Da er selbst SED-Mitglied war, erhielt er in einem Parteiverfahren eine strenge Rüge. Er stellte daraufhin selbst einen Antrag auf Entlassung aus den Grenztruppen.<sup>24</sup>

Ein Zivilbeschäftigter der NVA ertrank im August 1989 bei seiner Flucht in der Donau. Jürgen S. (37), seit 1985 Filmvorführer und Kraftfahrer im Bataillon Chemische Abwehr-2 in Strausberg, wollte mit seiner fünfzehnjährigen Tochter bei Komárom die Donau von der ČSSR nach Ungarn durchschwimmen. Die Tochter erreichte das ungarische Ufer, ihr Vater Jürgen S. nicht. Seine Wasserleiche wurde am 28. August 1989 aus der Donau geborgen.<sup>25</sup>

Drei junge Arbeiter, Frank F. (29), Maschinen und Anlagenmonteur, Uwe K. (27), Straßen- und Brückeninstandhalter, und Heiko K. (29), Rinderzüchter, beleidigten am 1. September 1989 im Zug von Berlin Lichtenberg auf der Fahrt zu einem genehmigten Urlaubsaufenthalt polnische Fahrgäste als „Pollackensack“ und „Schacherjude“. Als die drei angetrunkenen Männer von DDR-Passkontrolleuren festgenommen wurden, beschimpften sie diese als „Scheißkommunisten“, „Scheißsozialisten“, „Scheißbullen“ und „Stasischweine“. Frank F. habe im Korridor des Kontrollgebäudes geäußert: „Die DDR ist ein KZ, die kann man mit einer Käseglocke überdecken“, und Uwe K.: „weiß Du, wo ich wohne, ich wohne in der Zone – Ostzone“.<sup>26</sup>

---

22 Ebd.

23 MfS, HA I (Bereich 2000): Tagesmeldung 15. August 1989. BStU, MfS - HA I Nr. 14.857 Bd. 1-3.

24 MfS, HA I (Bereich 2000): Tagesmeldungen November 1989. BStU, MfS HA I Nr. 5.398 Teile 1 und 2.

25 Mitteilung des DDR-Konsulats Bratislava. PAAA, ZR 5335/93.

26 MfS, HA IX: Tagesmeldung Nr. 205/89. BStU, MfS - HA XX/AKG Nr. 4474.

Am 9. Oktober 1989 nahm die Volkspolizei in Erkner einen 21-jährigen Fähnrich der NVA in Zivilkleidung fest, weil er mit anderen jungen Leuten das Deutschlandlied gesungen, ein Tor zum Grundstück des Bürgermeisters demoliert und diesen als „Schwein“ beschimpft hatte. Außerdem hatte die Gruppe eine Fahrzeugkolonne der Grenztruppen mehrfach gestoppt. Der Fähnrich sollte aus der NVA entlassen werden. Am gleichen Tag überfielen zehn Jugendliche in Brandenburg einen Unteroffizier der NVA, der sich auf dem Weg zu seiner Einheit befand. Sie schlugen ihn zusammen und riefen „Neues Forum“, „SED-raus“, „Stürzt die Kommunisten“. Am 10. Oktober 1989 erklärte Major Peter W. (36), Grenzausbildungsregiment-12 Plauen, seinen Austritt aus der SED, weil er sich nicht mehr in der Lage sah, „Antworten auf aktuelle Fragen zu finden“ und das Vertrauen zur Parteiführung verloren hatte.<sup>27</sup> Am 13. Oktober randalierte der Panzerfahrlehrer Hauptfeldwebel Mario L. (27) unter Alkoholeinfluss. Er beschimpfte den Politoffizier seiner im Kreis Weißwasser stationierten Einheit und rief, „Kommunistenschweine“ und „Rote Schweine“ müssten erschossen werden. Mario L. erhielt zehn Tage Arrest, er war bis 1985 SED-Mitglied.<sup>28</sup>

Nach den ersten Massendemonstrationen in Plauen und Dresden berichteten die MfS-Kontrolleure aus der Truppe über weitere „Demonstrativhandlungen“ von Grenztruppensoldaten. Am 18. Oktober 1989 stellten zwei Gefreite der Grenzkompanie Gandow auf dem Rückweg vom Ausgang am Kriegerdenkmal in Gandow sechs brennende Kerzen auf und legten einen weißen Plastikbeutel nieder, den sie mit der Losung „Neues Forum, Demokratie und Dialog jetzt“ beschriftet hatten. „Zwei in ihrer Begleitung befindliche Unteroffiziere identifizierten sich mit diesen Handlungen.“ Motivierend seien die von ihnen während des Urlaubs in Dresden und Leipzig erlebten Demonstrationen gewesen, sie sagten aus, sie hätten die Bewohner von Gandow zum Nachdenken anregen wollen. Sie wurden aus der grenzsichernden Einheit abgezogen.<sup>29</sup> Bis zum 9. Oktober 1989 erfolgten 444 solcher Abversetzungen aus den Grenztruppen.<sup>30</sup> Die Zahl der für unerlässlich gehaltenen Versetzungen aus dem Grenzdienst erhöhte sich in den folgenden Oktoberwochen täglich. So enthält die MfS-Tagesmeldung vom 25. Oktober 1989 fünf Abversetzungen aus grenzsichernden Einheiten, unter anderem von Unteroffizier Zilo S. (21), „weil er sich politisch negativ zur führenden Rolle der SED äußerte“; von Unteroffizier Fred Henning S. (18), „weil er bestrebt ist, seine Entlassung aus den GT zu erreichen, den Grenzdienst mit Unlust versieht und zum Ausdruck brachte, er sehe im Dienst an der Staatsgrenze keinen Sinn“; von Andreas M. (20), „weil seine Schwester die DDR ungesetzlich verlassen hat“; von Steffen B. (19), „weil er politisch ungefestigt ist und sich während des Grenzdienstes disziplinlos verhält“.<sup>31</sup>

Im Oktober 1989 kam es immer wieder zur Festnahme von Soldaten wegen der Teilnahme an Demonstrationen des „Neuen Forums“. In den Abendstunden des 6. Oktober wurde Leutnant Veit V. (25) vom Jagdgeschwader Peenemünde im Cafe „Kirsch“ Unter

---

27 MfS, HA I (Bereich 2000): Tagesmeldung vom 10. Oktober 1989. BStU, MfS HA I Nr. 5.398 Teile 1 und 2.

28 MfS, HA I (Bereich 2000): Tagesmeldung vom 13. Oktober 1989. BStU, MfS HA I Nr. 5.398 Teile 1 und 2.

29 MfS, HA I (Bereich 2000): Tagesmeldung vom 19. Oktober 1989 über „Demonstrativhandlungen von GT-Angehörigen“. BStU, MfS HA I Nr. 5.398 Teile 1 und 2.

30 MfS; HA I: Meldungen über Fahnenfluchten und Abversetzungen 1989. BStU, MfS, HA I Nr. 14517 Teil 3.

31 MfS, HA I (Bereich 2000): Tagesmeldung vom 25. Oktober 1989 über „Abversetzungen aus grenzsichernden Einheiten“. BStU, MfS HA I Nr. 5.398 Teile 1 und 2.

den Linden „bei Aktivitäten für das ‚Neue Forum‘“ festgenommen.<sup>32</sup> Ein MfS-Stimmungsbericht aus der Truppe vom 18. Oktober 1989 wies darauf hin, dass es eine beachtliche Zahl unter den Soldaten richtig finde, „auf die Straße zu gehen, da nur so Partei und Regierung zum Dialog gezwungen werden konnten“. Die Fehlleistungen der SED, das „Meinungsmonopol“ seien die eigentlichen Ursachen.<sup>33</sup>

Major Reimar F. (43), NVA seit 1965, Oberoffizier Raketen-Waffentechnischer-Dienst, flüchtete Ende Oktober nach Bayern. Er hinterließ einen Abschiedsbrief an seine Lebensgefährtin, in dem er mitteilte, „er habe Angst gehabt, als NVA-Angehöriger im Inneren der DDR eingesetzt zu werden. Er könne nicht auf eigene Leute schießen“. Bis Anfang November 1989 registrierte das MfS insgesamt 342 Fahnenfluchten von Soldaten und Offizieren sowie 82 Fahnenfluchten von Zivilbeschäftigten.<sup>34</sup> Aus keinem Jahr seit dem Mauerbau 1961 liegen Angaben über Fahnenfluchten in einer solchen Größenordnung vor.

### *Die ungarische Bruderpartei schert aus*

Die SED und ihr Staatssicherheitsdienst machten die Westmedien für das Anschwellen der Fluchten und Fluchtversuche aus der DDR verantwortlich. Die MfS-Auswerter behaupteten am 14. August 1989, durch die verstärkte Berichterstattung über das „ungesetzliche Verlassen der DDR über die Ungarische VR“ und den Abbau der Grenzanlagen zwischen Ungarn und Österreich habe die „gegnerische Berichterstattung“ eine „Welle von Ausreisen“ suggeriert, um indirekt weitere DDR-Bürger zum „illegalen Grenzübertritt“ anzustacheln.<sup>35</sup>

Intern war dem MfS zu diesem Zeitpunkt durch seine Operativgruppe in Budapest bekannt, dass „seit dem Beginn des Abbaus der Grenzbefestigungsanlagen an der Staatsgrenze der Ungarischen Volksrepublik zu Österreich im Mai 1989 verstärkt Meldungen der ungarischen Medien zu verzeichnen“ waren, die sich mit dem Problem des illegalen Überschreitens der Grenze UVR – Österreich durch DDR-Bürger beschäftigen“. Die Verantwortlichen der ungarischen Sicherheitsorgane hätten zwar in Interviews und Kommentaren die Unverletzlichkeit der ungarischen Staatsgrenze hervorgehoben, sie seien aber verstärkten Angriffen „der inneren Opposition“ ausgesetzt, „wonach gegen an der Grenze festgenommene DDR-Bürger keine polizeilichen Maßnahmen durchgeführt werden dürften, die sich nachteilig für die Betroffenen auswirken könnten, denn Reisefreiheit sei ein grundlegendes Menschenrecht“. Auch Berichte der ungarischen Medien über „den illegalen Grenzübertritt begünstigende Umstände und Bedingungen, wie die Möglichkeit von Taxifahrten ins direkte Grenzgebiet“ oder Meldungen über „die Einrichtung von sogenannten Flüchtlingslagern“ seien geeignet, „ausreisewillige DDR-Bürger zu Aktivitäten hinsichtlich des illegalen Verlassens der DDR unter Nutzung des Territoriums der UVR sowie der dortigen Bedingungen und Umstände zu inspirieren“. Sogar bei den „Genossen des ungarischen Bruderorgans treten verstärkt Fragen nach den Gründen auf, warum DDR-Bürger ‚nach dem Westen wollen‘. Äußerungen der ungarischen Genossen zeugen davon, daß sie die Lage in der DDR nicht kennen und daraus

---

32 MfS, HA I: Tagesmeldungen vom 9. Oktober 1989. BStU, MfS, HA I Nr. 14517 Teil 3.

33 MfS, HA I: Tagesmeldungen vom 18. Oktober 1989. BStU, MfS, HA I Nr. 14517 Teil 2.

34 MfS, HA I: Fahnenfluchten in das NSA 1989, Zusammenfassung vom 20. September 1989. BStU, ZA, MfS, HA I Nr. 14649.

35 MfS, ZAIG: Monatsübersicht über die politisch-ideologische Diversionstätigkeit gegnerischer Funkmedien gegen die DDR vom 14. August 1989. BStU, Ast. Halle, MfS AKG 2413.

resultierend die entsprechenden Maßnahmen der zuständigen DDR-Organen zu diesem Problem nicht verstehen.“<sup>36</sup>

Seit Ungarn am 1. Juli 1989 die UN-Flüchtlingskonvention in Kraft gesetzt hatte, sah sich die DDR mit einem zusätzlichen Problem konfrontiert. DDR-Flüchtlinge konnten nun unter Berufung auf diese UN-Konvention in Ungarn um politisches Asyl nachsuchen. Die Verantwortung für DDR-Flüchtlinge lag nun nicht mehr bei der ungarischen Staatssicherheit, sondern bei der Ausländerpolizei. Diese lehnte es ab, der DDR-Botschaft „die Personalien von den DDR-Bürgern zu übergeben, die wegen versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts“ von ungarischen Grenzwachposten registriert worden waren.<sup>37</sup>

Am 9. und 10. August 1989 traf eine Delegation des DDR-Außenministeriums und des Ministeriums für Staatssicherheit unter Leitung von Hansjochen Vogel, Leiter der Hauptabteilung Konsularische Angelegenheiten des MfAA der DDR, und dem für die Fluchtbekämpfung zuständigen MfS-Generalmajor Gerhard Niebling mit dem Leiter der Konsularabteilung des ungarischen Außenministeriums Imre Sztankovics und dem Leiter der ungarischen Ausländerpolizei Karoly Nagy sowie weiteren ungarischen Verantwortlichen zusammen. Die DDR-Delegation forderte vor allem, die ungarische Seite möge „Bürger der DDR nicht im Sinne der Flüchtlingskonvention als Flüchtlinge betrachten und behandeln“. Die ungarische Seite sicherte dies unter der Bedingung zu, „wenn keiner dieser DDR-Bürger für Handlungen strafrechtlich in der DDR zur Verantwortung gezogen wird, die in der UVR nicht strafbar sind“.<sup>38</sup> Angesichts der Tatsache, dass in Ungarn Reisefreiheit bestand und im ersten Halbjahr 1989 insgesamt 21,9 Millionen ungarische Bürger diese für Westbesuche genutzt hatten, stand die DDR-Seite vor einem Problem. Dieses vergrößerte sich noch, als die Abhörspezialisten des MfS am 17. August aus der Bundesdruckerei in West-Berlin meldeten, dass dort „aktuell eine Bestellung des Auswärtigen Amtes (AA) der BRD über 5 000 vorläufige Reisepässe der BRD“ vorlag, die „für den Transport an die Botschaft der BRD in der Ungarischen Volksrepublik (UVR) vorgesehen“ seien.<sup>39</sup> Am 25. August unterschrieben vierzehn DDR-Bürger, „welche sich als politische Flüchtlinge sehen und sich in Ungarn aufhalten“, eine Erklärung an den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, in der sie ihren Willen bekräftigten, nicht mehr in die DDR zurückzukehren. Trotz der Reformen in anderen sozialistischen Ländern halte „die DDR-Führung an ihrer totalitären Politik fest, welche wir nicht mehr mittragen möchten und werden“.<sup>40</sup> Zehn Tage später verbreitete die DDR-Botschaft in Budapest eine „Information“ an DDR-Bürger, die sich in Ungarn oder „in eingerichteten Lagern aufhalten bzw. Reisedokumente anderer Staaten angenommen haben“, mit der Zusicherung, „bei ihrer Rückkehr in die DDR keinerlei Strafverfolgung“ zu unterliegen. Sie könnten in ihren Heimatorten den Antrag auf ständige Ausreise erneut stellen und „bei ihrer Rückkehr in die DDR in ihre Berufe und an

36 MfS - HA II, Operativgruppe Budapest: Information zu verstärkten Meldungen in den Medien der Ungarischen Volksrepublik im Zusammenhang mit Versuchen des illegalen Überschreitens der Grenze UVR – Österreich durch DDR-Bürger. BStU, MfS – HA II Nr. 38059. Der Hinweis auf dieses und weitere Dokumente der MfS-Spionageabwehr zur Lage in Ungarn verdankt der Autor der Kooperation mit Dr. Krisztina Slachta.

37 MfS – HA II, Operativgruppe Budapest: Streng Geheim! Inoffiziell aus dem ungarischen Bruderorgan erhaltene Informationen. BStU, MfS – HA II Nr. 38059.

38 HA Konsularische Angelegenheiten: Bericht über die Gespräche im Außenministerium der Ungarischen Volksrepublik am 09. Und 10. August 1989. BStU, MfS – HA II Nr. 38059.

39 Lieferung von BRD-Reisepässen an die BRD-Botschaft in Budapest/UVR. Information A/03108/17/08/05. BStU, MfS – HA II Nr. 38059.

40 Die Erklärung der vierzehn DDR-Bürger findet sich ebenfalls unter BStU, MfS – HA II Nr. 38059.

ihre Arbeitsstelle zurückkehren“. Doch die in Ungarn ausharrenden DDR-Bürger, deren Zahl täglich anwuchs, schenkten dem keinen Glauben mehr. Tatsächlich war aber bereits am 21. August 1989 eine „zentrale Entscheidung“ bei den unteren Dienststellen des MfS angekommen, die „die Einstellung aller Ermittlungsverfahren“ gegen Personen verfügte, „die wegen versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts über die Staatsgrenze der Ungarischen Volksrepublik zur Republik Österreich seit dem 12.6.1989, dem Tag des Beitritts der Ungarischen Volksrepublik zur UN-Flüchtlingskommission eingeleitet wurden“. Die Staatsanwaltschaften sollten die Verfahrenseinstellungen „nach § 25, Absatz 2 StGB (Fehlendes gesellschaftliches Interesse)“ vollziehen. Interessant ist der im Dokument vorgegebene Dienstweg, wonach die Chefs der MfS-Kreisdienststellen „den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung vom Inhalt dieser Information mündlich in Kenntnis zu setzen“ hatten.<sup>41</sup>

In Ungarn überstürzten sich im Spätsommer 1989 die Ereignisse. Die Septemberausgabe der ungarischen Zeitschrift *Hatarőr* [*Grenzschutz*] enthielt dazu folgende Darstellung:

- „An einem der denkwürdigen spätsommerlichen Tage kamen auf der Wiener Straße, die zur Soproner Grenzübergangsstelle führte, 74 DDR- Bürger mit 17 Autos in Grenznähe. Sie ließen die Fahrzeuge stehen und versuchten als Gruppe die Grenze nach Österreich gewaltsam zu passieren. Den Grenzsoldaten der nahen Grenzwahe gelang es, den illegalen Grenzübertrittsversuch zu verhindern. Die aufgehaltenen DDR-Bürger wurden zurück ins Landesinnere geschickt.
- Eine andere Gruppe aus DDR-Bürgern fuhr mit 25 PKW in den Raum Kópháza. Die 52 Erwachsenen und 10 Kinder machten sich, ihre Autos stehen lassend, zu Fuß auf den Weg zur Staatsgrenze, um dort über die Grenze zu gehen und nach Österreich zu flüchten. Der massenhafte illegale Grenzübertritt konnte diesmal verhindert werden. Alle Mitglieder der Gruppe wurden zurück ins Landesinnere geschickt.
- Im Raum Fertőrákos kamen in der Nähe der ungarisch-österreichischen Staatsgrenze in vier Personenkraftfahrzeugen mit DDR-Kennzeichen 12 Personen an. Sie stellten die Autos ab und liefen los in Richtung Österreich. Der in der Gruppe durchgeführte illegale Grenzübertritt konnte selbst nach Warnschüssen nicht vereitelt werden.
- Zur Strassenübergangsstelle Sopron kam ein Konvoi aus 42 Personenkraftfahrzeugen mit DDR-Kennzeichen. Damit der gewaltsame Ausbruch verhindert werden kann, hielten die Grenzwächter die Schranke geschlossen. Dann sprangen plötzlich die Insassen – etwa 120-130 Erwachsene und 30-40 Kinder – aus ihren PKW und liefen über den Abfertigungsbereich auf österreichisches Gebiet. Der massenhafte illegale Grenzübertritt konnte nicht verhindert werden.
- Am Grenzabschnitt der Wache Fertőrákos begingen in den Abendstunden etwa dreißig DDR-Bürger einen illegalen Grenzübertritt auswärts. Die Ausländer fuhrten mit Fahrzeugen an die Staatsgrenze, doch auf das Zeichen der Grenzpatrouille hielten sie nicht an. Zwei Fahrzeuge fuhrten durch, acht wurden zurückgelassen. Die Untersuchung des Ereignisses wurde eingeleitet.
- Am Grenzabschnitt der Wache Várbalog gingen zwei unbekannte Personen gewaltsam über die Grenze auf österreichisches Territorium. Die Personen in dem

---

41 MfS, BV Karl-Marx-Stadt; Generalleutnant Siegfried Gehlert: Information über zentrale Entscheidungen im Zusammenhang mit eingeleiteten Ermittlungsverfahren gemäß § 213 StGB (Ungesetzlicher Grenzübertritt). BStU, Ast. Chemnitz, MfS BV Karl-Marx-Stadt, Abt XX Nr. 3771.

PKW mit DDR-Kennzeichen fuhren mit großer Geschwindigkeit in Richtung Staatsgrenze. Die Alarmgruppe der Wache bemerkte den Ausbruch, doch weil sie von der Waffe nicht Gebrauch machen wollten, konnten sie den Ausbruch nicht verhindern.

- Bei der Straßenübergangsstelle Sopron begingen drei bisher unbekannte Personen auf heimtückische und gewaltsame Weise einen illegalen Grenzübertritt landauswärts. Die Fluchtwilligen kamen mit Personenkraftzeugen am Tatort an, doch sie stellten diese in Grenznähe ab und begingen den illegalen Übertritt zu Fuß. Die Grenzpatrouille im Dienst konnte durch Aufforderung und Warnschüsse zwei Personen stellen, doch die anderen am illegalen Grenzübertritt nicht verhindern.
- In den Nachtstunden kamen drei DDR-Bürger mit gefälschten ungarischen Kennzeichen beim Grenzübergang Sopron an. Sie fuhren unter dem ersten Schlagbaum durch, im Abfertigungsbereich hielten sie nicht an, sondern fuhren zum inneren Schlagbaum. Dieser aber war geschlossen, so fuhren sie dagegen. Die Insassen erlitten leichte Verletzungen.“<sup>42</sup>

### *Die Entscheidung über die Grenzöffnung*

Angesichts der Handlungsunfähigkeit auf DDR-Seite und der in Ungarn ausharrenden DDR-Flüchtlinge bestellte Staatssekretär Kovacs den DDR-Botschafter Gerd Vehres am 8. September in das ungarische Außenministerium ein und übergab ihm eine Note, in der die ungarische Regierung bedauerte, dass die DDR die Gründe für die entstandene Lage „ausschließlich außerhalb des eigenen Landes suchte“ und „keine echten Lösungsmöglichkeiten gefunden und angeboten“ habe. Die Lage der ständig anwachsenden Zahl von DDR-Bürgern, die sich weigerten, in die DDR zurückzukehren, sei für seine Regierung „unhaltbar geworden“. Deswegen werde die ungarische Regierung beginnend am 11. September 1989 um 0 Uhr DDR-Bürgern gestatten, die Grenze „in Richtung dritter Länder, die bereit sind, sie durchzulassen oder aufzunehmen“, zu öffnen. Diese Entscheidung werde am Abend des 10. September bekannt gegeben. DDR-Botschafter Vehres bedauerte noch mündlich, dass Ungarn „rasch und ungeduldig handelte“, und kabelte die Entscheidung nach Ost-Berlin.<sup>43</sup> Wenig später entschied die SED-Führung, dass die Volkspolizeikreisämter keine Reisepapiere mehr für Reisen nach Ungarn ausgeben durften.

Wie weit sich insbesondere die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) von der kommunistischen Ideologie ihrer Bruderpartei SED entfernt hatte, zeigte sich am 21. und 22. September 1989, als sich in Ost-Berlin die für ideologische Fragen verantwortlichen Spitzenfunktionäre der regierenden kommunistischen Parteien letztmalig zu einer gemeinsamen Beratung trafen. Vertreten waren durch Sekretäre ihrer Zentralkomitees die kommunistischen Parteien Bulgariens, Ungarns, Vietnams, der DDR, Kubas, Laos, der Mongolei, Polens, Rumäniens, der Sowjetunion, der ČSSR und erstmals die Partei der Arbeit Koreas. Der DDR-Delegation gehörten Kurt Hager, Joachim Herrmann, Klaus Gäbler, Otto Reinhold und Gregor Schirmer an. Im Verlauf der Tagung prallten unüberbrückbare Differenzen zwischen den Auffassungen der ungarischen und sowjetischen Delegationen mit den SED-Positionen aufeinander.

42 Die Übersetzung des ungarischen Textes findet sich in der ausführlichen Darstellung des ehemaligen ungarischen Grenzzoffiziers János Sallai: Abdruck einer versunkenen Epoche. Geschichte des Eisernen Vorhangs. München 2012, S. 209 f.

43 Vehres, Budapest: Telegramm vom 8. September an Günter Mittag, Hermann Axen, Oskar Fischer (DDR-Außenminister), Günter Sieber (ZK-Abteilung Internationale Verbindungen) und Harry Ott (Stellv. DDR-Außenminister). BStU, MfS – HA II Nr. 38059.

Die Rede Kurt Hagers zur Begrüßung der Ideologiesekretäre lag dem SED-Politbüro zur Bestätigung am 12. September 1989 vor. Hager sollte demnach erklären, die Bürger der DDR könnten sich bei der Gestaltung ihrer DDR „auf ein solides Fundament sozialistischer Rechtsstaatlichkeit und -sicherheit stützen“. Die Reformforderungen aus dem In- und Ausland seien zurückzuweisen, denn daraus ergebe sich „erstens, daß es ihren Verfechtern darum geht, das sozialistische Gesellschaftssystem der DDR unbedingt zu untergraben und an seine Stelle bürgerlich-kapitalistische Verhältnisse zu setzen.“ Grüne und SPD hätten offenbar noch nicht begriffen, „daß es den konservativen, reaktionären, neonazistischen und revanchistischen Kreisen der BRD letztlich darum geht, durch Destabilisierung und Beseitigung der DDR auf dem Weg zu einem imperialistischen Großdeutschland voranzukommen“. Zur Berliner Mauer wiederholte Hager die Formel Erich Honeckers vom Februar 1989: „Sie wurde in Übereinstimmung aller Mitglieder des Warschauer Vertrages errichtet und wird so lange bestehen bleiben, wie die Gründe für ihre Errichtung fort dauern.“ Die Erklärung Ungarns, seine Grenze nicht wieder zu schließen, stehe im Widerspruch zu dem Freundschaftsvertrag zwischen Ungarn und der DDR. „Damit wird denjenigen Vorschub geleistet, die auf illegale Weise die DDR verlassen wollen.“ Diese Passage sollte Hager jedoch „nur verwenden, wenn der Vertreter des USAP die Frage aufwirft“. Die Ausgabe von Pässen der Botschaft in Budapest sei „auf jeden Fall ein Bruch des Völkerrechts“, damit sei der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik akzeptiert. Er könne nicht glauben, dass die sozialistische Volksrepublik Ungarn die Interessen der DDR derart missachten wolle, um so „die revanchistische Position der BRD – der Obhutspflicht über alle Deutschen – zu begünstigen“.<sup>44</sup>

Der späteren Berichterstattung von Kurt Hager und Joachim Herrmann an das SED-Politbüro ist zu entnehmen, die Mehrheit der Redner auf der Konferenz habe betont, „daß es zur Notwendigkeit tiefgreifender Wandlungen und Erneuerungen keine Alternative gibt. Unterschiedliche Auffassungen wurden bezüglich der Ursachen, der Zielgerichtetheit, der Radikalität und des Tempos des Umgestaltungsprozesses in einzelnen Ländern geäußert.“ Besonders die Delegationsleiter der KPdSU, Wadim Andrejewitsch Medwedjew, und der USAP, Janos Barabas, hätten sich negativ über die bisherige Politik geäußert. Medwedjew „reduzierte die entstandenen Entwicklungsprobleme auf das stalinistische Modell der Gesellschaftsordnung, ‚mit dessen administrativem Kommandosystem, der weitverzweigten Bürokratie und Überzentralisierung‘, ohne auf konkrete Bereiche konkret einzugehen“, die Ungarn sähen „die Ursachen für die angespannte Wirtschaftslage und die Notwendigkeit einer radikalen Umgestaltung der sozialistischen Gesellschaft in ihrem Lande in einer Kette von Fehlern, Versäumnissen und Entstellungen des Sozialismus“. Sie hätten auch erklärt, „krankhaft an der Macht festhaltende Dogmatiker“ trügen die Verantwortung für die Fehlentwicklungen. Außer den Ungarn „bekannten sich alle anderen Bruderparteien nachdrücklich zur führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei“. Janos Barabas, Mitglied des Politischen Exekutivkomitees und Sekretär des Zentralkomitees der USAP, erklärte: „Unsere heutigen Sorgen haben gemeinsame Wurzeln. Früher haben wir jahrzehntelang verkündet, dass der Hauptkurs der Politik unserer Länder identisch sei, und wir waren auch in solchen Angelegenheiten miteinander solidarisch, in denen wir niemals einheitlich waren. Gemeinsam erklärten wir ein solches Modell der Gesellschafts- und Wirtschaftsorganisation für allgemeingültig, das bis heute in unserem Land im Wesentlichen funktionsun-

---

44 Politbüro des ZK der SED; Schwertner, Edwin (Protokoll): Protokoll Nr. 37 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 19. September 1989. DY 30/SAPMO-BArch, IPA, NY 30/J IV 2/2A/3241.

fähig wurde und das unsere Länder dazu verdammt, hinter der Weltspitze zurückzubleiben.“ Barabas kündigte an, Ungarn werde von der „Idee des Missionsbewußtseins der allwissenden und allmächtigen einzigen Partei und von der Fiktion der aus einem einzigen Zentrum leitbaren sogenannten Planwirtschaft Abschied nehmen“. Man werde sich nicht in „ideologische Bunker“ zurückziehen, sondern sich entschlossen zu Demokratie und einem auf verfassungsmäßiger Rechtsordnung beruhenden Staatswesen bekennen. Dazu gehöre auch ein Mehrparteiensystem, in dem die USAP mit anderen Parteien „im verfassungsmäßigen Rahmen konkurriert und den in Ergebnisse der gesetzmäßigen Wahlen zum Ausdruck kommenden Volkswillen akzeptiert“. Barabas erklärte darüber hinaus, dass eine funktionierende warenproduzierende Marktwirtschaft nur durch die Achtung abwechslungsreicher Eigentumsformen und die Stimulierung des Unternehmergeistes funktionieren könne. Gewissens- und Glaubensfreiheit seien keine taktischen Zugeständnisse, sondern entsprächen der Grundüberzeugung. Am Ende rief er zu gemeinsamem schöpferischen Denken auf und dazu, Abschied zu nehmen von jedem Element, „das sich aus den Blockgeist ergibt“ und „bis zur ehemaligen Absicht des Exports der Revolution zurückgeht“.

Medwedjew sprach über den Umgestaltungsprozess in der Sowjetunion und zur nationalen Frage. Die Nationalitätenpolitik müsse „von den Deformationen des administrativen Kommandosystems“ gesäubert werden, um im Geiste Lenins „die Gestaltung eines föderativen sozialistischen Staates ohne Abstriche neu aufleben zu lassen“. Die Souveränität der Unionsrepubliken werde mit realem Inhalt gefüllt. Medwedjew kündigte eine weitere „rigorose Demokratisierung des innerparteilichen Lebens“ an, die Herstellung einer Atmosphäre, „die Gegenüberstellungen von Meinungen und das Vorbringen von Alternativlösungen“ zur Entscheidungsgrundlage macht. „Wir wollen ein flexibles und demokratisches, verzweigtes politisches System aufbauen“, das „im Zeichen von Meinungspluralismus, Diskussion und einer wesentlich größeren Rolle der öffentlichen Meinung stehen“ werde, sagte Medwedjew. Ein Mehrparteiensystem lehnte er ab, vielmehr sollten die Sowjets größere Entscheidungsbefugnisse erhalten. Er kritisierte jene Kräfte, die den seit 1917 beschrittenen Weg nur in schwarzen Farben malen. Dennoch müssten auch wir solchen Auffassungen einen offenen Dialog führen. Er sprach sich für eine offensive Einfügung der sozialistischen Länder in die Weltgesellschaft aus und gegen eine ideologiegeleitete Außenpolitik. Er konstatierte eine „erhebliche Annäherung der Standpunkte zwischen uns und der Sozialdemokratie“. Auch wenn es nach wie vor ideologische Differenzen gebe, sei eine Verständigung über „die Wege zur Humanisierung des internationalen Lebens“ und hinsichtlich des weiteren KSZE-Prozesses und die Abrüstungspolitik erreicht worden. „Parteien müssen jetzt nach unkonventionellen Wegen suchen, um aus der in ihren Ländern entstandenen sozialpolitischen Situation herauszukommen.“ Er äußerte Verständnis für Bedenken aus den Reihen der Bruderparteien. Aber jede Partei müsse unter ihren spezifischen Verhältnissen nach Lösungen der vorhandenen Probleme suchen. „Die Praxis der Umgestaltung und Erneuerung zeigt wie jeder schöpferische Prozeß, die Vielfalt der Varianten bestätigt einmal mehr, daß es weder für den Aufbau noch für die Erneuerung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ein einheitliches Modell gibt und geben kann.“

Jan Jotik lehnte für die KPTsch eine Umwertung von 1968 ab. Es gebe keine Veranlassung, weiße Flecken auszufüllen. „Wir haben aus den bitteren Erfahrungen des Jahres 1968 die Lehren gezogen. Wir dürfen die Kontrolle über die Entwicklung nicht verlieren, dürfen keine Spontaneität und Anarchie zulassen.“ Umgestaltung könne nur auf der Grundlage politischer Stabilität und ökonomischen Gleichgewichtes erfolgreich sein. In der ČSSR werde durch die weiteren Schritte die führende Rolle der Partei nicht aufs

Spiel gesetzt. „Wir gehen davon aus, daß der wissenschaftliche Sozialismus, die revolutionäre Lehre des Marxismus-Leninismus eine universelle Gültigkeit hat.“ Die nötige Umgestaltung dürfe auf keinen Fall „mit uferlosem und prinzipienlosem Liberalismus“ verwechselt werden.<sup>45</sup>

Auf der unteren Ebene konnten die tschechoslowakischen Sicherheitskräfte den bereits entstandenen Kontrollverlust nicht mehr rückgängig machen. So beklagte sich der Kommandeur der Dienststelle Cheb in einem Schreiben an seinen DDR-Kollegen in Pirna über wachsende Probleme mit DDR-Bürgern und DDR-Dienststellen. Die Rückführung der angeschossenen Flüchtlinge Rene R. und Steffen S. sei viel zu langsam erfolgt. Die beiden DDR-Bürger waren am 22. September 1989 angeschossen und einen Tag später von der tschechoslowakischen Seite als transportfähig mitgeteilt worden. Aber erst am Montag, dem 25. September, sei es gelungen, die Angelegenheit zu klären, und die Verletzten auf dem „kurzen Weg“ an der Grenzübergangsstelle Vojtanov zu übergeben. „Das größte Problem in der gegenwärtigen Zeit“ entstände „durch einen Teil der Bürger der DDR, welche im Grenzgebiet nicht der Aufforderung zum ‚Halt‘ nachkommen und auch nicht auf Warnschüsse reagieren. Es ist die Pflicht der Posten der Grenztruppen und des Schutzes der Staatsgrenze die Waffe anzuwenden, zur Verhinderung der Flucht des Grenzverletzers.“<sup>46</sup>

#### *Todesfälle von DDR-Flüchtlingen 1989*

Als sich Zehntausende im Sommer 1989 auf den Weg machten, um über die Grenzen der sogenannten „sozialistischen Bruderstaaten“, insbesondere über Ungarn, aber auch über Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und Polen aus der DDR in den Westen zu gelangen, verloren mindestens zwanzig Flüchtlinge ihr Leben.



*Das Berliner Taxi nach dem gescheiterten Grenzdurchbruch*

*Bildquelle: BStU*

- Im April 1989 endete für den 21-jährigen Berliner Ralf Peter Saurien der Grenzdurchbruch mit einem Skoda an der tschechisch-österreichischen Grenze tödlich.
- Im Mai 1989 kam der 11-jährige Kevin Strecker, bei einem gescheiterten Grenzdurchbruch seiner Familie mit einem Wolga an der tschechisch-bayerischen Grenze um Leben.
- Der 19-jährige Michael Weber aus Leipzig wurde im Juli 1989 an der bulgarisch-griechischen Grenze erschossen.

45 Kurt Hager/Joachim Herrmann: Vorlage für das Politbüro betr. Beratung der Sekretäre für ideologische Fragen der Zentralkomitees von Bruderparteien sozialistischer Länder vom 21. bis 22. September 1989 in Berlin. SAPMO-BArch, IPA, DY 30/J IV 2/2A - 3248, Bestand Politbüro des ZK der SED.

46 Kommandeur Dienststelle GT 8842 Cheb: Schreiben vom 25. September 1989 an Oberst Helmut Beck, Kommandeur der Grenzbrigade zur ČSSR, Pirna. BStU, MfS Sekr. Neiber Nr. 193.

- Ein Offiziersschüler der Nationalen Volksarmee, der wegen einer geplanten Fahnenflucht über die ČSSR-Grenze inhaftiert war, erhängte sich im Juli 1989 in einer Arrestzelle in Löbau (Sachsen).
- Der 36-jährige Kurt-Werner Schulz aus Weimar wurde bei einem Handgemenge mit einem ungarischen Grenzposten im August 1989 erschossen, als er sich bereits auf österreichischem Gebiet befand.
- Dreizehn Männer und zwei Frauen ertranken im September und Oktober 1989 bei Fluchtversuchen in Grenzflüssen von Ostblockstaaten.
- Eine 22-Jährige, die in die Warschauer Botschaft der Bundesrepublik Deutschland flüchten wollte, verunglückte tödlich, als sie am 12. Oktober 1989 bei Trzciniec aus einem Zug der Deutschen Reichsbahn sprang, der auf der Strecke von Zittau nach Görlitz polnisches Gebiet durchfuhr.



BStU-Kopie

*Uwe Petras (27) wollte in die Warschauer Botschaft der Bundesrepublik. Sein Leichnam wurde am 29. Oktober 1989 auf polnischer Seite aus der Oder geborgen.*

*Bildquelle: BStU*

### *Was heißt unverzüglich*

Am 7. November 1989 erhielt Erich Mielke von seinem Stellvertreter Gerhard Neiber „einen Vorschlag zur Modifizierung der Regelungen über ständige Ausreisen, der von der MfS-Hauptabteilung VII, ZKG und der Rechtsstelle erarbeitet wurde“. Dieser Vorschlag war nach Neibers Angaben im Vorfeld mit Generalleutnant Lothar Ahrendt vom Innenministerium (MdI) und mit Harry Ott vom Außenministerium (MfAA) abgestimmt worden. „Der Vorschlag geht davon aus, daß durch die gegenwärtige Ausreisep Praxis über die ČSSR in die BRD der Druck auf einige Grenzübergangsstellen in der ČSSR enorm angewachsen ist und bereits zu Problemen im grenzüberschreitenden Verkehr ČSSR–BRD führte. Bis zum 7.11.1989 reisten ca. 25 000 Bürger der DDR über die ČSSR in die BRD aus, deren Namen überwiegend unbekannt sind.“ Außerdem entstünden als Konsequenz der Ausreiseabwicklung Rechtsungleichheiten. Wenn in den nächsten Tagen die Ständige Vertretung der Bundesrepublik wiedereröffnet wird, sei mit weiteren Problemen zu rechnen. „Ich stimme dem beiliegenden Vorschlag zu, weil damit die Ausreise über die ČSSR beendet würde und für alle an der ständigen Ausreise interessierten Personen ein einheitliches, unbürokratisches und schnelles Genehmigungsverfahren bis zum Inkrafttreten des Reisegesetzes möglich wäre.“

Die nötigen Dienstbestimmungen würden zurzeit erarbeitet und eine Information der Dienstseinheiten vorbereitet. „Die praktische Verwirklichung der Maßnahme erfolgt so, daß ein Minimum von Prüfungshandlungen gewährleistet wird.“ In der Anlage des Schreibens befand sich der Entwurf einer ADN-Presseerklärung zur Neuregelung der ständigen Ausreise aus der DDR mit folgendem Wortlaut: „Wie die Pressestelle des MdI mitteilt, sind die zuständigen Abteilungen Paß- und Meldewesen der VPKÄ angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne daß dafür noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen. Ständige Ausreisen kön-

nen über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin (West) erfolgen.“<sup>47</sup> Als Günter Schabowski zwei Tage später auf der legendären Pressekonferenz in Berlin das Zauberwort „unverzüglich“ aussprach, schlug die letzte Stunde des SED-Regimes. Dessen neuer Generalsekretär Egon Krenz hatte auf der parallel stattfindenden Sitzung des SED-Zentralkomitees noch verkündet, „die Existenz zweier souveräner, voneinander unabhängiger deutscher Staaten, vernünftiges Miteinander und Berechenbarkeit in ihren beiderseitigen Beziehungen bleiben unverzichtbare Voraussetzungen für die Stabilität auf unserem Kontinent.“ Das SED-Regime hatte jedoch mit der Maueröffnung die Verfügungsgewalt über das Leben der Menschen in der DDR endgültig verloren.

Am 22. November 1989 hielt „der Lehrstuhlleiter für Marxistische-Leninistische Philosophie Oberst Dr. sc. jur. Hannelore Philipp“ an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam, eine Lektion zum Thema „Nachdenken über uns selbst“. Es gehöre „zur Tragik dieser Tage“, sagte die Obristin, dass „wir erkennen müssen, daß unsere ehrliche Arbeit zur Destabilisierung der Lage beigetragen hat“. Durch den nun eingetretenen „volksrevolutionären Charakter“ der Ereignisse sei eine „Rückkehr zur alten Lage“ völlig ausgeschlossen.<sup>48</sup> Die Wiedervereinigungsrevolution war nicht mehr aufzuhalten.

---

47 Gerhard Neiber, Generalleutnant und Stellvertreter des Ministers: Schreiben vom 7. November 1989 an Erich Mielke betr. Regelung über ständige Ausreise. BStU, ZA, MfS - Sekretariat Neiber, 553.

48 „Thesen eines Vortrages der Genossin Dr. Philipp, Hochschullehrer an unserer Hochschule Potsdam/Eiche zu dem Ansatz Nachdenken über uns selbst! im Rahmen der Anleitung der Sekretäre und Funktionäre für Agitation und Propaganda“ vom 22.11.1989; BStU, ZA, MfS ZAIG 14280, S. 1–4.